

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Danzig, Polen, vom 18. bis 20. September 2022

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 20. September 2022 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Vorfeld des 19. Parlamentsforums Südliche Ostsee bis zum 31. Mai 2023 über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.

4. Der Landtag leitet diese Entschließung dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zu.

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion

Begründung:

Vom 18. bis 20. September 2022 fand nach einer fast dreijährigen pandemiebedingten Unterbrechung das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) statt. Auf Einladung des Sejmik der Woiwodschaft Pommern kamen mehr als sechzig Delegierte der regionalen Parlamente und Sachverständige aus Deutschland und Polen nach Danzig, um gemeinsame Empfehlungen zum Thema „Der European Green Deal – Wasser und Klimawandel“ zu erarbeiten und zu verabschieden. Inhaltlich wurden die Beratungen durch die im März 2020 durchgeführte internationale Expertenanhörung in Elbing, Polen, vorbereitet. Aufgrund der Covid-19-Pandemie war es erforderlich geworden, die für Mai 2020 geplante 18. Jahreskonferenz um mehr als zwei Jahre zu verschieben. Für den Landtag war diese Unterbrechung wahlperiodenübergreifend.

Unter der Leitung der Ersten Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp (CDU), nahmen die Abgeordneten Herr Marcel Falk (SPD), Frau Beatrix Hegenkötter (SPD), Herr Thomas Krüger (SPD), Herr Nikolaus Kramer (AfD) und Herr Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an der Jahreskonferenz des Parlamentsforums in Danzig teil. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern arbeitet seit 2004 gemeinsam mit dem Landtag Schleswig-Holstein, der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Die Kaliningrader Gebietsduma wurde in Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine von der Teilnahme am Parlamentsforum ausgeschlossen. Im April 2022 adressierten die deutschen Delegationen einen unter Federführung des Landtages entstandenen Brief an die polnischen Partnerparlamente, in dem sie den ungerechtfertigten militärischen Angriff Russlands aufs Schärfste verurteilten und die Suspendierung der Kaliningrader Gebietsduma von allen Aktivitäten im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee vorschlugen.

Neben Beratungen zum vereinbarten Thema „Wasser und Klimawandel“ stand ein Austausch der sechs deutschen und polnischen Regionalparlamente über die aktuelle humanitäre Situation infolge des russischen Aggressionskrieges sowie die Erfahrungen der jeweiligen Regionen bei der Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine auf der Agenda.

Auch die Umweltkatastrophe in der Oder – ein hochaktuelles Thema für unser Land – wurde im Lichte der Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels besprochen. Auf Einladung des Landtages hielt Herr Dr. Christian Wolter vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) einen Expertenvortrag zum Thema „Die Oderkatastrophe – Lehren für unsere Flüsse im Klimawandel“. Herr Dr. Wolter sprach über die Ursachen des massiven Fischsterbens in der Oder und stellte eine Reihe forschungsbasierter Handlungsempfehlungen vor, um die Resilienz der Flüsse angesichts der Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schlug zudem vor, u. a. eine Verbesserung der Kooperation im Bereich der Aufstellung und Aktivierung von Alarm- und Warnplänen in der Resolution anzusprechen.

Das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee endete mit der einstimmigen Verabschiedung der anliegenden Konferenzresolution, in der auch die Vorschläge des Landtages mitberücksichtigt wurden.

Konferenzablauf des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee, vom 18. bis 20. September 2022 in Danzig, Polen

„Der European Green Deal – Wasser und Klimawandel“

Erster Konferenztag: Wasser und Klimawandel

Am ersten Konferenztag stand das Thema „Wasser und Klimawandel“ im Zentrum der Beratungen der deutschen und polnischen Partnerparlamente. Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinszmidt, wurden die Konferenzteilnehmenden durch die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Frau Cornelia Pieper, begrüßt. Darauf folgten Ansprachen der Vertreterinnen und Vertreter der Regionalparlamente sowie eine Begrüßungsrede durch den EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei, Herrn Virginijus Sinkevičius. Im zweiten Sitzungsabschnitt wurden Expertenvorträge zu unterschiedlichen Aspekten des Klimawandels und entsprechenden Umweltschutzmaßnahmen gehalten. Anschließend fand die Redaktionskonferenz zur Vorbereitung des finalen Resolutionsentwurfs statt. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch seine Erste Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp, in der Redaktionskonferenz vertreten.

I. Eröffnung des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Herr Jan Kleinszmidt (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern) eröffnete im Namen des gastgebenden Parlaments das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee und wies eingangs auf das geänderte Format der Jahreskonferenz hin, von der die Kaliningrader Gebietsduma infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ausgeschlossen worden sei. Für viele sei es unbegreiflich gewesen, dass im 21. Jahrhundert ein Staat einen anderen Staat mitten in Europa angreifen könne. Herr Kleinszmidt betonte, dass die Ukraine die Grenzen Europas verteidige und für die gemeinsamen Werte kämpfe. In den schweren Zeiten seien vor allem lokale Gemeinschaften herausgefordert. In diesem Zusammenhang sei Solidarität sehr wichtig.

Angesichts des durch Russland geführten Krieges und der damit zusammenhängenden Energiekrise sei das Thema des 18. Parlamentsforums besonders aktuell. Anstrengungen, Klimaneutralität zu erreichen, zählten zu den Schlüsselherausforderungen des 21. Jahrhunderts. Infolge des Klimawandels träten Umweltkatastrophen immer häufiger auf; daher sollten entsprechende Maßnahmen umgehend ergriffen werden. Klimabildung sei auch ein wichtiger Aspekt der Umweltpolitik, da nachfolgende Generationen mit den Folgen des Klimawandels würden leben müssen.

Begrüßung durch Frau Cornelia Pieper (Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig)

In ihrer Begrüßungsrede zur Eröffnung der 18. Jahreskonferenz des PSO bedankte sich Frau Generalkonsulin Cornelia Pieper beim Sejmik der Woiwodschaft Pommern für die Organisation einer gemeinsamen deutsch-polnischen Tagung nach einer längeren pandemiebedingten Unterbrechung. Solche Begegnungen seien außerordentlich wichtig für bilaterale Partnerschaften. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen seien aktuell angespannt, die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene seien jedoch anders. Die Kontakte und Freundschaften zwischen Menschen seien sehr wichtig – und so auch die bilateralen parlamentarischen Beziehungen und der Austausch zwischen Abgeordneten, die die jeweiligen Zivilbevölkerungen repräsentierten. Diese Beziehungen hätten über die Jahre ihre Nachhaltigkeit bewiesen und dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern, so Frau Pieper. Daher begrüßte die Generalkonsulin die Tatsache, dass das 18. Parlamentsforum eine lange Tradition internationaler Begegnungen regionaler Parlamente fortsetzte, und äußerte sich zuversichtlich, dass die gemeinsame Resolution zur Lösung geteilter Probleme und Herausforderungen beitragen werde.

II. Grußworte der Partnerparlamente**Hamburgische Bürgerschaft**

Zum Auftakt der Konferenz erinnerte Frau Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) an die Suspendierung der Duma des Kaliningrader Gebietes und unterstrich, dass zu den Fundamenten der parlamentarischen Zusammenarbeit neben der gegenseitigen Achtung und dem Respekt vor den jeweiligen regionalen und nationalen Unterschieden auch die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie demokratischer Grundprinzipien gehöre. Es sei wichtig, bestehende Verbindungen intensiver zu nutzen, Ideen auszutauschen und voneinander zu lernen, betonte Frau Veit. Mit dem Thema „Wasser und Klimawandel“ adressiere das Parlamentsforum ein Problem, das alle Partnerregionen betreffe. Kooperation sei dabei der einzige Weg, den Klimawandel aufzuhalten. Dies sei auch eine Verpflichtung gegenüber der kommenden Generation. Frau Veit wies zudem auf die Bedeutung des für den zweiten Konferenztag geplanten Erfahrungsaustausches zur Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine hin. Abschließend erinnerte Frau Veit daran, dass die Hamburgische Bürgerschaft im Jahr 2015 zum ersten Mal eine Jahreskonferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee ausgerichtet hatte, und bekundete im Namen der Bürgerschaft ihre Vorfreude, im Jahr 2023 das 19. PSO in Hamburg auszurichten.

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Frau Bernadeta Hordejuk (Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren) äußerte sich froh darüber, dass das Parlamentsforum nach einer Pause seine Arbeit habe wiederaufnehmen können. Die Abwesenheit der Abgeordneten aus Kaliningrad sei eine Konsequenz der völkerrechtswidrigen Handlungen des russischen Staates. In diesem Zusammenhang bekräftigte Frau Hordejuk die Solidarität mit der Ukraine. Ferner erinnerte sie daran, dass die Gespräche zum Thema der 18. Jahreskonferenz im Jahr 2020 in Elbing, Ermland-Masuren begonnen hätten. Man sähe immer deutlicher, wie sich der Klimawandel auf das Leben der Menschen auswirke und wie wichtig es sei, Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu ergreifen.

Internationale Treffen wie jene im Rahmen des Parlamentsforums könnten etwas bewirken, da sie nicht nur auf lokaler, sondern auch auf überregionaler Ebene Maßnahmen vorschlagen würden. Zum Abschluss ihrer Rede bezog sich Frau Hordejuk auf die Worte der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig und vergewisserte Frau Pieper der Beständigkeit deutsch-polnischer Beziehungen auf subnationaler Ebene.

Landtag Schleswig-Holstein

Auch Frau Kristina Herbst (Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein) betonte, dass der Austausch im Rahmen des Parlamentsforums der richtige Weg sei, um die regionale deutsch-polnische Zusammenarbeit zu bestätigen. Es gebe nur die eine Ostsee und es sei wichtig, dass der Zusammenhalt weiter vertieft werde. Politische Entscheidungen würden zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Partnerregionen getroffen und der Umweltschutz sei eine gemeinsame Herausforderung. Frau Herbst bemerkte, dass man vor zwei Jahren gedacht hätte, dass die Lösung der mit dem Klimawandel zusammenhängenden Probleme schneller voranschreiten werde. Die Energiekrise werde die Politik jedoch in Zukunft anspornen, notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Sie bedankte sich bei den Gastgebern für die Gelegenheit zum Austausch über die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge und hob die Bedeutung von persönlichen Gesprächen für das gemeinsame Handeln hervor.

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Frau Teresa Kalina (stellvertretende Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern) begrüßte im Namen der Regionalregierung und des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern die Konferenzteilnehmenden und betonte die grundlegende Bedeutung des europäischen Grünen Deals für lokale Gemeinschaften, insbesondere angesichts der jüngsten Umwelttragödie an der Oder. Sie unterstrich, dass es besorgniserregend sei, dass die Verursacher des Vorfalls nicht identifiziert und keine konkreten Gründe für das Fischsterben genannt worden seien. Sie wies darauf hin, dass Schritte im Bereich von Monitoring und Prävention unternommen werden müssten und dass die Politik in dieser Hinsicht unverzüglich reagieren sollte. Frau Kalina bekräftigte ebenfalls die Aussage von Frau Generalkonsulin Pieper, dass kommunale Zusammenarbeit sehr wichtig sei.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

In ihrem Grußwort zu Beginn der Jahreskonferenz bedankte sich Frau Beate Schlupp (Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) bei dem Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinszmidt, für die Organisation des Forums in der aktuellen herausfordernden Zeit. Frau Schlupp betonte, dass dem Verstoß Russlands gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts sowie dem Versuch, Europa zu spalten und zu schwächen, mit Entschlossenheit, Solidarität und Einigkeit entgegnet werden müsse. Daher begrüßte sie die Entscheidung der polnischen Gastgeber, die Unterstützung ukrainischer Kriegsflüchtlinge zu besprechen sowie die Beratungen zum vereinbarten Thema „Wasser und Klimawandel“ fortzusetzen. Die Umweltkatastrophe in der Oder habe die Aktualität des gewählten Themas und die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels gezeigt. Die Katastrophe in der Oder habe ebenfalls Bedarfe grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich des Gewässer-Managements offenbart.

Daher verwies Frau Schlupp auf die Vorschläge des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Resolutionsentwurf. Der Aufbau von Frühwarnsystemen könnte in Zukunft helfen, schneller und effektiver auf ähnliche Katastrophen zu reagieren. Zum Schluss merkte sie an, dass die Jahreskonferenz nach einer längeren Unterbrechung genutzt werden sollte, um die bilateralen grenzüberschreitenden Kontakte und Freundschaften wiederzubeleben und zu pflegen, da ein offener internationaler Austausch in der aktuellen Krisenzeit mehr denn je benötigt werde.

Begrüßung durch Herrn Virginijus Sinkevičius (EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei)

Der EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei, Herr Virginijus Sinkevičius, ging in seiner Rede zum Auftakt der Jahreskonferenz auf die Umweltprobleme der Ostsee ein, die sich laut Experteneinschätzungen in einem nicht guten ökologischen Zustand befinde. Umweltverschmutzung, hohe Nährstoffbelastung, versenkte Munition sowie das jüngste massive Fischsterben in der Oder bedürften gemeinsamer Lösungsansätze. Der Krieg in der Ukraine habe zudem die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus von erneuerbaren Energien gezeigt. Die Europäische Kommission sei entschlossen, die Entwicklung von Kreislaufwirtschaften zu fördern. Zudem sei ein effektives Management von Wassernachfrage und -angebot notwendig. Wasserwiederverwendung sei in dieser Hinsicht sehr wichtig. Des Weiteren erinnerte Herr Sinkevičius an die durch ihn initiierte hochrangige „Our Baltic“ Konferenz vom 28. September 2020 sowie an das HELCOM-Ministertreffen vom 20. Oktober 2021, auf dem der aktualisierte Ostseeaktionsplan (*Baltic Sea Action Plan, BSAP*) beschlossen worden sei. Schließlich rief er zu mehr Kooperation bei der Beseitigung von Munitionsaltlasten in der Ostsee sowie zu Investitionen in öffentlich-private Partnerschaften auf. Er hob die regionale zwischenparlamentarische Kooperation hervor und betonte, dass Abgeordnete die Zukunft der gemeinsamen Ostseeregion aktiv gestalteten.

III. Fachbeiträge der regionalen Expertinnen und Experten

Als Sachverständiger vonseiten des Sejmik der Woiwodschaft Pommern hielt Herr Dr. Jacek Bełdowski (Institut der Ozeanologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften) einen Vortrag zum Thema „*Wracks und versunkene Munition als Bedrohung für Umwelt und maritime Wirtschaft im Zeitalter des Klimawandels*“. Eingangs wies Herr Bełdowski darauf hin, dass das Problem versenkter Munition ein globales sei. Am Meeresboden der Ostsee, die ein Brackwassermeer und ein einzigartiges Ökosystem darstelle, seien konventionelle Waffen, Chemiewaffen, Bomben, Granaten und sonstiges Kampfmateriale versenkt worden. Die Gefahr für die Meeresumwelt entstehe durch das Freisetzen von Schadstoffen infolge des Wegrostens von Metallhüllen. Herr Dr. Bełdowski stellte anschließend das DAIMON-Projekt vor, das darauf abziele, die Umweltauswirkungen chemischer und konventioneller Munition zu untersuchen und neue Methoden zur Risikobewertung zu entwickeln. Die erarbeiteten Risikobewertungsmethoden sowie das auf mathematischer Modellierung basierende Werkzeug zur Entscheidungshilfe zu den Managementoptionen sollten im Nachfolgeprojekt DAIMON 2 an Entscheidungsträgerinnen und -träger vermittelt werden.

Für die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg präsentierte Frau Meike Hamester (Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft BUKEA, Feie und Hansestadt Hamburg) einen Fachvortrag zum Thema „*Von Dürre bis Starkregen – die Anpassung der Regeninfrastruktur in Hamburg*“. Zunächst wies sie auf den Anstieg der Häufigkeit und der Intensität von Starkregenereignissen infolge des Klimawandels seit 1951 in Hamburg hin. In den letzten zehn Jahren seien mehr als 180 Starkregenereignisse registriert worden. Dies bedürfe eines neuen, nachhaltigen Umgangsansatzes mit Regen, der in Hamburg im Rahmen des RISA-Projekts (RegenInfraStrukturAnpassung) erforscht und entwickelt werde. Das Schwammstadt-Konzept umfasse eine Reihe unterschiedlicher Aspekte, darunter Parks, Teiche, Mulden, Dach- und Fassadenbegrünung und versickerungsfähige Beläge, die Regenrückhalt und andere Nutzungen miteinander verbänden. Anschließend stellte Frau Hamester eine Auswahl von Referenzprojekten vor und unterstrich die Bedeutung von Kommunikation und Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern.

Für den Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren ging Herr Dr. Stanislaw Czachorowski (Professor an der Universität Ermland-Masuren in Olsztyn) auf die *Umweltkatastrophe in der Oder* ein. Er erklärte, dass das massive Fischsterben auf die toxische Brackwasser-Alge zurückzuführen sei, deren Verbreitung in Süßwasser jedoch unnatürlich sei. Die Verbreitung der Brackwasser-Alge im Fluss hänge mit der Zufuhr von Industrieabwasser zusammen, was wiederum mit der Tatsache verbunden sei, dass Flüsse primär als Industrieobjekte und nicht als komplexe Ökosysteme betrachtet werden würden. Herr Dr. Czachorowski äußerte seine Verwunderung über Versuche, die Umweltkatastrophe in der Oder als ein natürliches Phänomen darzustellen. Er betonte, dass Abwasser für das Ökosystem der Flüsse unnatürlich sei und auch die Klimaerwärmung, die die Situation durch Niedrigwasser verschärft habe, keinen natürlichen Prozess darstelle.

Herr Prof. Dr. Conrad Wiermann (Professor für Pflanzenernährung und Bodenkunde an der Fachhochschule Kiel), der die Delegation des Landtages Schleswig-Holstein begleitete, referierte über die „*Bedeutung der Bodenfruchtbarkeit für eine nachhaltige klimaschonende Landwirtschaft*“. Eingangs unterstrich er die Bedeutung von Ressourcenschutz und Ressourceneffizienz in Hinblick auf die Folgen des Klimawandels, des Verlusts der Biodiversität und der hohen Nährstoffbelastung. Die Resilienz von Agrarökosystemen müsse gestärkt und die Bodenfruchtbarkeit und somit auch die Ertragsfähigkeit gefördert werden. Dies könne durch regelmäßige organische Düngung, reduzierte Bodenbearbeitung, Vermeidung von Bodenverdichtung sowie Zwischenfruchtanbau erreicht werden. Zudem gebe es eine Reihe indirekter und begleitender Maßnahmen, darunter die Stärkung der Kooperation, den Schutz der Biodiversität und die Förderung relevanter Forschung. Abschließend betonte er, dass resiliente und nachhaltige Landwirtschaftsnutzungskonzepte entwickelt werden sollten, um Umweltbelastungen zu reduzieren.

Im Namen des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern hielt Herr Rafał Zahorski (Bevollmächtigter des Marschalls der Woiwodschaft Westpommern für die Seewirtschaft und Binnensegelwirtschaft) einen Vortrag mit dem Titel „*Grünes Westpommern – gestern, heute und morgen*“. Er begann mit den historischen Aspekten der Oderregulierung in der Mitte des 19. Jahrhunderts und erläuterte anschließend die Grundsätze des deutsch-polnischen Abkommens über die gemeinsame Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Er hob die Bedeutung der Euroregion Pomerania und des Großraums Stettin nicht nur für die Woiwodschaft Westpommern, sondern auch für Mecklenburg-Vorpommern hervor.

Anschließend berichtete Herr Zahorski über den Ausbau von erneuerbaren Energien in Westpommern und merkte an, dass die Region in dieser Hinsicht Vorreiter in Polen und führend in Europa sei. Daneben ging er auch auf die Entwicklung von Wasserstofftechnologien in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Stromerzeugung und Heizung ein.

Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern stellte Herr Dr. Christian Wolter (Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, IGB) einen Videobericht zum Thema „*Die Oderkatastrophe – Lehren für unsere Flüsse im Klimawandel*“ vor und präsentierte eine Reihe forschungsbasierter Handlungsempfehlungen zur Erhöhung der natürlichen Widerstandsfähigkeit der Flüsse angesichts der Folgen des Klimawandels und der menschenverursachten Umweltbelastungen. Zu Beginn umriss Herr Dr. Wolter die Entwicklungen an der Oder im August 2022. So hätten die gesammelten Daten zur Wasserqualität in der Oder Hinweise zum Auftreten einer Algenblüte aufgezeigt, die toxisch für Fische und andere Flussorganismen gewesen sei. Er betonte jedoch, dass im natürlichen Fluss Algenblüten untypisch seien, da die Verweilzeit in strömendem Wasser dafür zu niedrig sei. Stauhaltungen am Fluss hätten die Verweilzeit erhöht, während warme Wassertemperaturen infolge der Klimaerwärmung und die hohe Nährstoffkonzentration die Bedingungen für Algen-Massentwicklungen zusätzlich begünstigt hätten. Daher unterstrich Herr Dr. Wolter die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels, um die natürliche Resilienz der Flüsse zu verbessern. Zu den vorgeschlagenen sofortigen Maßnahmen würden der sofortige Stopp des Oderausbaus, die weitere Reduzierung von Nährstoffeinträgen sowie die Überprüfung und das dynamische Anpassen aller Einleitungen zählen. Mittelbar sollten, so Herr Dr. Wolter, Überflutungsaue für natürlichen Hochwasserschutz gestärkt, Wasserrückhalt in der Landschaft gefördert sowie Puffer- und Speicherkapazität der Auen revitalisiert werden.

Zweiter Konferenztag: Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine im Fokus

IV. Eröffnung des zweiten Konferenztages

Am zweiten Konferenztag widmeten sich die Teilnehmenden dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen humanitären Folgen. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinszmidt, begrüßte der Generalkonsul der Ukraine in Danzig, Herr Oleksander Plodystyi, die Delegierten und rief zu mehr Unterstützung für die Ukraine auf. Darauffolgend sprachen die Vertreterinnen und Vertreter der Regionen über die Erfahrungen ihrer jeweiligen Länder und Kommunen bei der Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine und die damit verbundenen Herausforderungen.

Eröffnung durch Herrn Jan Kleinszmidt (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern)

In seiner Eröffnungsrede am zweiten Konferenztag wies Herr Jan Kleinszmidt darauf hin, dass im Hinblick auf die humanitären Folgen des Krieges die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig seien. In seiner zweiunddreißigjährigen Arbeit in der Selbstverwaltung habe er noch nie eine vergleichbare Hilfsbereitschaft und Solidaritätswelle erlebt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine betreffe alle, da europäische Werte verletzt worden seien. Daher sei es eine moralische Verpflichtung, den Flüchtlingen zu helfen.

Rede des Ehrengastes, Herrn Oleksander Plodystyi (Generalkonsul der Ukraine in Danzig)

Der ukrainische Generalkonsul in Danzig, Herr Oleksandr Plodystyi, bedankte sich für die bisherige Unterstützung der ukrainischen Geflüchteten sowohl durch Polen, als auch durch Deutschland. Die ukrainische Bevölkerung sei auf die europäische Hilfe angewiesen; vor allem betreffe dies Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Betreuungsangebote für Kinder. Auch medizinische Hilfe sei sehr wichtig.

Mit der Gegenoffensive im Herbst 2022 habe die Ukraine gezeigt, was sie militärisch leisten könne. Das Land brauche jedoch mehr Munition, Ausrüstung und schwere Waffen, da die Situation sehr ernst und gefährlich für die Zivilbevölkerung bleibe. Herr Generalkonsul Plodystyi äußerte seine Zuversicht, dass die Ukraine weiterkämpfen werde, um den Krieg zu beenden. Das werde Sicherheit für ganz Europa garantieren, denn Russland werde an der Grenze der Ukraine nicht stoppen. Ohne Hilfe von außen sei kein Sieg möglich, dabei wäre ein Sieg der Ukraine gleichbedeutend mit einem Sieg Europas.

V. Vorträge der Regionen zum Thema „Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine“**Hamburgische Bürgerschaft**

Frau Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) bedankte sich bei Herrn Generalkonsul Plodystyi für die Kraft und den Mut und merkte an, dass der Krieg die politische Agenda in Europa noch lange nicht verlassen werde. In Bezug auf die menschliche Komponente der aktuellen Zeitenwende beleuchtete sie die Situation und die Herausforderungen, mit denen die Stadt Hamburg konfrontiert sei. Hamburg biete Unterkunft sowohl für Geflüchtete aus der Ukraine, als auch aus anderen Ländern. Im August allein seien circa 2 000 Menschen aus der Ukraine nach Hamburg gekommen. Der erwartete Bedarf im Herbst 2022 betrage circa 50 000 Unterbringungsplätze; die Kapazitäten der Stadt seien jedoch nahezu voll ausgeschöpft. In dieser Hinsicht bestehe großer Gesprächsbedarf mit der Bundesebene, so Frau Veit.

Gleichzeitig sei das freiwillige Engagement sehr groß. Die Stadt freue sich über freiwillige Projekte und Initiativen und könne auf die Erfahrungen und bewährte Praktiken der Flüchtlingskrise 2015 zurückgreifen. Frau Veit informierte über die Integrationsmaßnahmen der Stadt Hamburg mit besonderem Blick auf Schulen und Ausbildung sowie über medizinische Versorgung Geflüchteter.

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Vonseiten des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren stellte Frau Bernadeta Hordejuk (Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren) die Erfahrungen und bewährte Praktiken der Woiwodschaft vor. Zunächst erinnerte sie daran, dass der Sejmik bereits am 22. Februar 2022 seine volle Unterstützung für die Ukraine bekundet habe. In Reaktion auf die russische Aggression habe die Woiwodschaft Ermland-Masuren alle bilateralen Vereinbarungen mit dem Gebiet Kaliningrad gekündigt. Die historischen und aktuellen Erfahrungen Polens in den Beziehungen zu Russland zeigten, dass der Angriff auf die souveräne Ukraine, der nicht nur darauf abziele, Territorium zu erobern, sondern auch die gesamte ukrainische Nation zu zerstören, nur der Anfang der russischen Expansion in ganz Europa sei.

Frau Hordejuk erörterte unterschiedliche Formen der Hilfe für ukrainische Geflüchtete, einschließlich der Kinder, und warf einen besonderen Blick auf kulturelle und soziale Unterstützungsinitiativen. Neben der materiellen Unterstützung benötigten Betroffene auch psychologische Hilfe.

Landtag Schleswig-Holstein

Frau Kristina Herbst (Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein) berichtete, dass seit Beginn des Krieges circa 40 000 ukrainische Geflüchtete in Schleswig-Holstein erfasst worden seien. Es werde oft ein Vergleich mit der Flüchtlingswelle 2015/2016 gezogen, die aktuelle Situation sei jedoch mit ganz anderen Herausforderungen verbunden. So bestehe für ukrainische Staatsbürgerinnen und -bürger EU-Visafreiheit, was die Koordinierung und Registrierung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine schwierig mache. Die Landkreise seien bereits an ihren Kapazitätsgrenzen, da auch Geflüchtete aus anderen Ländern Hilfe und Unterkunft benötigten. Man wolle Menschen so schnell wie möglich integrieren. Viele Geflüchtete aus der Ukraine hätten jedoch signalisiert, dass sie nicht dauerhaft in Deutschland bleiben und in ihr Heimatland zurückkehren möchten. Das mache eine Überprüfung des Hilfesystems erforderlich. Angesichts der Schulpflicht wolle man den Menschen ihre Heimat und Sprache nicht wegnehmen, die Organisation des Unterrichts in ukrainischer Sprache erweise sich jedoch als schwierig. Ein Austausch über diese Fragen und Dilemmata sei notwendig, so Frau Herbst.

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Frau Teresa Kalina (Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern) gab zunächst einen chronologischen Überblick darüber, wie sich die Formen und der Umfang der Unterstützung verändert hätten. Aktuell seien insgesamt circa 32 000 ukrainische Geflüchtete in der Woiwodschaft Pommern registriert worden. Frau Kalina stellte anschließend mehrere Projekte zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge, in erster Linie von Kindern und Jugendlichen, vor. So hätten in Stettin fast 9 500 ukrainische Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung begonnen. Weitere Projekte, die in fünfzehn Landkreisen und drei Städten durchgeführt würden, befassten sich mit juristischen, psychologischen und psychotherapeutischen Beratungen, Bereitstellung von Übersetzungen, Covid-19-Impfungen, Kinder- und Jugendbetreuung, individuellen sozialen Beratungen und weiteren Integrationsmaßnahmen.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Frau Beate Schlupp (Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) bezog sich eingangs auf die Rede von Herrn Generalkonsul Plodystyi und bemerkte, dass es schwerfalle, eine nüchterne Situationsbeschreibung vorzunehmen, wenn es um die humanitären Leiden gehe, von denen Familien und Freunde der Anwesenden betroffen seien. Frau Schlupp bekräftigte die Herausforderungen und Probleme, auch mit Blick auf die Kommunikation mit der Bundesebene, die von Frau Carola Veit und Frau Kristina Herbst zum Ausdruck gebracht worden seien. Sie verwies auf eigene Erfahrungen und Gespräche mit Kommunen, Freiwilligen und Geflüchteten und hob die große Dankbarkeit seitens der ukrainischen Menschen, aber auch die große Hilfsbereitschaft vor Ort hervor.

Bei allen geschilderten Problemen solle man nicht verkennen, dass Polen das Hauptzielland für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sei, betonte Frau Schlupp. Es gebe in Deutschland eine große Hochachtung dafür, was Polen in dieser Krise geleistet habe.

In Mecklenburg-Vorpommern seien seit Beginn des Krieges circa 22 000 ukrainische Geflüchtete registriert worden. Viele würden in ihre Heimat zurückkehren wollen, es werde jedoch versucht, Kinder in das Schulsystem zu integrieren. In dieser Hinsicht merkte Frau Schlupp an, dass viele positive Erfahrungen mit Digitalunterricht für ukrainische Schülerinnen und Schüler gesammelt worden seien. Für die Zukunft wünsche sie sich, dass über mehr positive Erfahrungen und Erlebnisse berichtet werden könne.

Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Seitens der Woiwodschaft Pommern berichtete Herr Leszek Bonna (stellvertretender Marschall der Woiwodschaft Pommern) über die Erfahrungen seiner Region bei der Unterstützung und Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Er unterstrich, dass Ukrainerinnen und Ukrainer als Gäste wahrgenommen würden. Kurz nach dem Beginn des Krieges habe der Sejmik der Woiwodschaft Pommern die Kooperationsverträge mit der Kaliningrader Gebietsduma aufgekündigt und seine Solidarität mit der Ukraine verkündet. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement sei überragend gewesen. Polen sei nicht vorbereitet gewesen, sich mit einem solchen ernsthaften Problem auseinanderzusetzen. In Pommern seien circa 100 000 Menschen aufgenommen worden, nicht alle seien jedoch offiziell registriert worden. Anfangs hätten Privatpersonen und NGOs Unterkünfte organisiert. Viele Flüchtlinge hätten in Großstädten bleiben wollen, um schnellstmöglich wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Woiwodschaft habe versucht, im Rahmen des Möglichen die besten Bedingungen zu schaffen und den Menschen wichtige Informationen schnellstmöglich bereitzustellen. Anschließend stellte Herr Bonna eine Reihe von Maßnahmen, Projekten und Initiativen zu medizinischer Versorgung, rechtlichen und sozialen Beratungen, psychologischer Hilfe und Bildung, inklusiver Sprachbildung, vor.

VI. Konferenzabschluss

In seiner Abschlussrede dankte Herr Jan Kleinszmidt (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern) allen Teilnehmenden für die intensiven und vielfältigen Gespräche während der vergangenen zwei Konferenztage. Er erinnerte daran, dass die 18. Jahreskonferenz des Parlamentsforums im Jahr 2020 hätte stattfinden sollen, aber aufgrund der Pandemie auf das Jahr 2022 verschoben worden sei. Auf die Pandemie seien Krieg und Energiekrise gefolgt. Trotzdem bleibe das Thema Klimawandel sehr wichtig. Daher freute sich Herr Kleinszmidt darüber, dass sich das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee auf eine gemeinsame Resolution habe einigen können. Die Resolution komme in einem wichtigen Moment, unterstrich Herr Kleinszmidt. Die Umweltkatastrophe an der Oder habe die Aktualität und Bedeutung des Themas verdeutlicht, es seien jedoch weitere mit dem Klimawandel verbundene Krisen absehbar.

Herr Kleinszmidt begrüßte auch die große Solidarität mit der Ukraine, die am zweiten Konferenztag von allen Rednerinnen und Rednern bekundet worden sei. Dabei bezog er sich insbesondere auf die Rede von Frau Vizepräsidentin Schlupp und hob die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Unterstützung Geflüchteter hervor.

Zum Schluss warf Herr Kleinszmidt einen Blick auf die Geschichte und die Errungenschaften des Parlamentsforums Südliche Ostsee und erinnerte an das internationale Engagement der verstorbenen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die bei der Gründung des Parlamentsforums eine wichtige Rolle gespielt habe.

Nach der einstimmigen Verabschiedung der Konferenzresolution, die durch die Delegationsleiterinnen und -leiter feierlich unterzeichnet wurde, ergriff Frau Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) das Wort und lud im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft zum 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg ein. Frau Veit bemerkte, dass die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen das Parlamentsforum traditionell auszeichnete. Deshalb werde Hamburg das Thema „Soziale Zusammenhalt: Migration und Integration“ auf die Agenda des für den 17. bis 19. September 2023 geplanten 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee setzen. Zudem wolle Hamburg in Kooperation mit Schleswig-Holstein eine Expertenanhörung zur Vorbereitung der Jahreskonferenz in Schleswig-Holstein ausrichten.



RESOLUTION
des 18. Parlamentsforums
Südliche Ostsee

Unter Vorsitz des Sejmijs der Wojewodschaft Pomorskie

Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel

Gdańsk, 18.-20. September 2022



SAMORZĄD
WOJEWÓDZTWA POMORSKIEGO

Resolution
des 18. Parlamentsforums
Südliche Ostsee

unter Vorsitz des Sejmihs der Wojewodschaft Pomorskie
Danzig, 18. – 20. September 2022

Das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee tagte in der Zeit vom 18.09. bis 20.09. 2022 in Danzig zum Thema:

„Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“

Der Umweltschutz, die nachhaltige Entwicklung und die Klimaneutralität bilden die Schlüsselherausforderungen des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Die Klimafragen werden auf allen politischen Ebenen – international, national und kommunal sowie in der Zivilgesellschaft durch Organisationen und Verbände bewegt. Nur durch gemeinsames Handeln können die ambitionierten Umweltziele erreicht werden, die in der Strategie des Europäischen Grünen Deals formuliert sind. Sein Konzept beinhaltet eine ganze Reihe von Maßnahmen, die zum Ziel haben, die Agenda der Vereinten Nationen (UN) für nachhaltige Entwicklung 2030 umzusetzen und Klimaneutralität der Europäischen Union bis 2050 zu erreichen.

Zu der Notwendigkeit, entschlossene Maßnahmen zum Schutz der Wasserressourcen in der Region der südlichen Ostsee zu ergreifen, nehmen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee in ihrer Schlussresolution Stellung und stimmen den Zielen des Europäischen Grünen Deals zu.

Empfänger der Schlussresolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee sind die Entscheidungsträger auf unterschiedlichen Stufen des vielschichtigen europäischen Systems.

Dazu zählen im Einzelnen:

- das Europäische Parlament und die Europäische Kommission,
- Institutionen und Organisationen im Ostseeraum: der Ostseerat (CBSS), die Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM), das Netzwerk Vision and Strategies around the Baltic Sea (VASAB), die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), die Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC), die Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) – die Ostsee-Kommission (BSC), die Union der Ostseestädte (UBC), die Euroregionen Pomerania und Ostsee,
- Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO),
- National- und Landesregierungen, regionale Selbstverwaltungen sowie Partnerschaftsparlamente im Ostseeraum.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. stellt fest, dass:

- a) natürliche Wasservorkommen keine nur übliche Handelsware sind, sondern ein gemeinsames Gut und eine begrenzte Ressource, die geschützt und nachhaltig verwendet werden sollen, sowohl qualitativ als auch quantitativ;
- b) der Zugang zu sauberem Trinkwasser als Teil der Daseinsvorsorge für alle sichergestellt sein muss;
- c) der Klimawandel zur Steigerung des Wasserpegels der Meere führt, was die Hochwassergefahr in den Küstenregionen intensiviert; zu Dürre und Wassermangel führt; die Entwicklungschancen in unterschiedlichen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens beeinträchtigt. Die globale Erwärmung die Durchmischung der Ozeane verlangsamt, die Löslichkeit von Sauerstoff und Kohlendioxid im Wasser mit zunehmender Temperatur sinkt und durch Emissionen von Industrie und Verkehr und Einträgen aus der Landwirtschaft immer mehr Nährstoffe ins Meer gelangen, was massenhaftes Algenwachstum und einen hohen Sauerstoffverbrauch beim Abbau toter Biomasse zur Folge hat;
- d) die größere Häufigkeit von Extremereignissen wie Stürmen und Überschwemmungen verursachen das Auswaschen von Schadstoffen,
- e) der Klimawandel die Umweltbedingungen am Meeresboden der Ostsee verändert, was zum Austritt von Schadstoffen aus Altiasten führen kann;
- f) die natürliche Wasserrückhaltung in den ländlichen Regionen des Ostseeraumes sinkt, es aber auch in Städten zu ernststen Problemen kommt, insbesondere wo Entwässerungssysteme leistungsschwach sind;
- g) die wirtschaftliche und städtische Entwicklung, darunter eine dynamische Raumentwicklung, zur systematischen Bebauung und damit zu einer Versiegelung von Grünflächen und zur Verdichtung urbanisierter Gebiete führt, was eine effektive und nachhaltige Bewirtschaftung der Regen- und Tauwasserressourcen, insbesondere durch Rückhaltung erschwert;
- h) starke Regenfälle, die zu lokalen Überschwemmungen führen, einen Risikofaktor nicht nur in den Städten bilden, sondern, wegen ihrer intensiven Entwicklung, immer öfter Gefahren in stadtnahen und ländlichen Gebieten darstellen, was eine dringende Änderung der Herangehensweise an die Bewirtschaftung – insbesondere an die Entwässerung - dieser Gebiete erzwingt, unter Berücksichtigung der Erweiterung einer nachhaltigen blau-grünen Infrastruktur;
- i) die Umweltzerstörung durch Boden, Luft- und Wasserverunreinigung eine Wirkungskette zur Minderung der Zahl der Arten und der biologischen Aktivität der Ökosysteme auslöst, was die Qualität der Ressourcen für die Lebensmittelherstellung, der Luft und der ökologisch/sanitären Bedingungen beeinträchtigt;
- j) es immer öfter zu Dürren in den Wachstumsperioden und Erntezeiten kommt, was zur Reduzierung des Erntevolumens und dadurch auch zu einer Verknappung sowie zu Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Ressourcen führt, und Langzeitdürren zudem die Trinkwasserversorgung beeinträchtigen können;
- k) die immer längeren schneefreien Perioden zu einem ernsthaften Problem geworden sind, da sie den Grundwasserspiegel und hydrologische Trockenzeiten beeinflussen;

- l) die Weltmeere überaus bedeutsam für die Regulation des Klimas sind, durch die Speicherung von Wärme im Sommer und Abgabe dieser im Winter, den Transport der Wärme aus den Tropen in die hohen Breiten, die Entziehung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre, die Produktion von Sauerstoff; sich auch die Ostsee aktuell sehr stark erwärmt und damit ein starker Rückgang wirtschaftlich genutzter Fischbestände, insbesondere von Dorsch und Hering, einhergeht;
- m) die Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll und insbesondere Mikroplastik und von Kunststoffen abgeleitete phenolische Verbindungen das Ökosystem bedrohen, Meeresorganismen schaden und durch den Verzehr von kontaminierten Fischen und Meeresfrüchten Menschen gefährden können;
- n) die auf dem Grund der Ostsee liegenden gefährlichen Überreste des Zweiten Weltkriegs stellen eine ernsthafte Bedrohung für die lebenden Ressourcen des Meeres sowie für das Leben und die Gesundheit von Menschen dar.

2. sieht die Notwendigkeit:

- a) die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu intensivieren;
- b) die natürlichen Wasserressourcen und Feuchtgebiete zu schützen und Wasserrückhaltung zu stärken, insbesondere durch Entwicklung der blau-grünen Infrastruktur (insbesondere durch die Wiedervernässung von Mooren) und die Stärkung des Rückhaltungspotentials der vorhandenen Entwässerungssysteme, was zur Minderung des Dürrephänomens beitragen wird;
- c) die Hochwassergefahr seitens der Binnengewässer und des Meeres im Ostseeraum zu mindern, und zwar unter Berücksichtigung des Ökosystemansatzes;
- d) insbesondere im städtischen Raum das Wassermanagement auf versiegelten Flächen wie Dächern, Gehwegen und Straßen – sowohl im öffentlichen Raum als auch auf Privatgrundstücken – anhand des Konzepts der Schwammstadt dahingehend weiterzuentwickeln, dass das Wasser am Ort des Niederschlags zurückgehalten und dort verdunsten und/oder versickern kann, durch Entwicklung der blau-grünen Infrastruktur, beispielsweise durch Entsiegelung, über das Stadtgebiet verteilte Grünflächen (wie wasseraufnehmende Regengärten) sowie Fassaden- und Dachbegrünung;
- e) eine verstärkte Nutzung der vorhandenen und neuentstehenden Grünflächen in Städten und insbesondere in Großstädten zur Regen- und Tauwasserrückhaltung anzustreben;
- f) eine intensive, breit angelegte und kohärente Bildungskampagne zum Schutz der Wasser-, Klima- und Umweltressourcen durchzuführen, die Bürger aller Altersstufen motiviert und aktiviert, sich im Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Biodiversität zu engagieren (bspw. durch Verbreitung der Unterrichtsmaterialien für die Bildung in Kita und Schule, Wettbewerbe, Öko-Picknicks, Debatten, Aufführungen);
- g) eine breit angelegte, an Unternehmen und Privathaushalte gerichtete Informationskampagne unter Beteiligung der lokalen Verwaltungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchzuführen zu den Themen „Bedeutung von Wasser“ und „Wasser sparen und rationell nutzen“, dazu fachbezogene Fortbildungen für Lehrpersonal zu den Themen Klimakrise und Klimaschutz anbieten und direkt einsetzbares und qualitätsgeprüftes Unterrichtsmaterial für alle Schulformen und Stufen bereitstellen;
- h) die blau-grüne Infrastruktur weiterzuentwickeln und einen nachhaltigen Ansatz bei der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur im Ostseeraum zu fördern;

- i) die Treibhausgasemissionen massiv und so schnell wie möglich zu reduzieren;
- j) die Verunreinigung der Gewässer, insbesondere der Ostsee, des Bodens und der Luft einzuschränken, sowohl in ländlichen Gebieten, als auch im städtischen Raum;
- k) die Effektivität der Abwasserreinigung zu steigern und die Abwasserinfrastruktur auszubauen sowie die blau-grüne Infrastruktur als Infrastruktur, die den Prozess der Wasser- und Abwasserbehandlung unterstützt, zu entwickeln;
- l) gemeinsame Initiativen im Ostseeraum zu entwickeln zwecks Wiederaufbaus der Meeresökosysteme und Aufrechterhaltung der Biodiversität der Meere, Meereswasser zu reinigen und Verunreinigungsquellen auf dem Festland zu entfernen, und insbesondere das Phänomen der Eutrophierung einzuschränken;
- m) die Neutralisierung und Entsorgung der gefährlichen Altlasten aus dem 2. Weltkrieg, die auf dem Ostseeboden liegen, voranzubringen;
- n) den Wasserschutz in verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe, der Aquakulturwirtschaft, der Wirtschaftsverkehre, der Energiewirtschaft, des Katastrophenschutzes sowie der Wasser- und Abwasserinfrastruktur zu intensivieren;
- o) die Forschung und Entwicklung schonender Fangmethoden und deren Einsatz in der Fischerei sowie besseres Monitoring zu unterstützen und die Entwicklung von Regionalmarken mit überregionaler Ausstrahlung im Fischereisektor zu fördern.

3. erwartet Maßnahmen auf der überregionalen Ebene zur:

- a) Erhöhung der Umwelt- und Energiesicherheit;
- b) Berufung einer Gruppe von regionalen Expertinnen und Experten, die den Zustand der Umwelt im Verlauf der Umsetzungsmaßnahmen und wassersparenden Technologien kontinuierlich überwacht;
- c) Umsetzung von Methoden zur Entsorgung von gefährlichen Altlasten (Erdöl, Munition, Chemiewaffen) aus dem Ostseeboden;
- d) Intensivierung der Bestrebungen zur Klimaneutralität, durch Einschränkung der Emissionen und Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern Klimaneutralität herzustellen, darunter die Unterstützung von Projekten zur Diversifizierung der Erneuerbaren Energien und der Begünstigung des Baus von Offshore-Windenergie;
- e) Umsetzung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft und der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“;
- f) Schaffung der Bedingungen zur Umwandlung des Ostseeraumes zu einer Vorbildregion im Bereich der wassersparenden Technologien;
- g) Intensivierung von Bildungsangeboten zur Steigerung des Bewusstseins der Einwohner im Bereich des Schutzes der globalen Wasserressourcen (Wiederverwendung von Regen- und Grauwasser) und vor allem besondere Anreize zum sparenden Umgang mit Wasser für Unternehmen, Tourismus, private Haushalte, Industrie und Landwirtschaft;
- h) Umsetzung von Politiken, die zum Ziel haben, Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, der Umwelt und des Klimas auf allen Verwaltungsebenen und in allen Bereichen der Wirtschaft zu intensivieren;
- i) Bewirtschaftung der Gebiete, die durch Hochwasser besonders gefährdet sind, und zwar auf solche Art und Weise, dass die Bestimmungen der vorhandenen Bewirtschaftungspläne für Einzugsgebiete und Hochwasserrisikomanagementpläne nicht verletzt werden;

- j) Stärkung des Schutzes bzw. der Wiederherstellung der natürlichen Wasserressourcen, Sumpfgebiete/Moore und der Wasserrückhaltung, insbesondere durch die Entwicklung von natürlichen Landschaftsformen zur Verbesserung der Versickerung und Verdunstung sowie der Rückhaltung und Erhöhung des Rückhaltungspotentials der blau-grünen Infrastruktur und der vorhandenen Entwässerungssysteme, was zur Minimalisierung von Dürren beitragen wird;
- k) Anreize zu setzen für nasse Moornutzung und Paludikultur als landwirtschaftliche Nutzform;
- l) Schaffung der Bedingungen für die Entwicklung einer klimafesten Infrastruktur zur Rückhaltung und Bewirtschaftung von Regen- und Tauwasser;
- m) Änderung der Funktionsweise der Landwirtschaft zwecks Minderung der Ableitung der Biogene ins Wasser;
- n) nach dem Vorsorge- und Verursacherprinzip das Augenmerk auf Verursacher von verunreinigtem Wasser legen, Verunreinigen schon an der Eintragsquelle stoppen, notwendige Reinigungskosten fair verteilen und Verursacher stärker in die Pflicht nehmen;
- o) die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll und Mikroplastik schon an der Ursache aufhalten, Plastikmüll nicht exportieren, sondern hochwertig recyceln, internationale Abkommen zum Stopp von Plastikvermüllung der Meere abschließen und Mikroplastik in Kosmetika & Pflegeprodukten verbieten;
- p) Wasser als öffentliches Gut zu schützen, dafür zu sorgen, dass die Wasserversorgung in der öffentlichen Hand bleibt, um Wassermangel durch Privatisierungen zu vermeiden, wobei die kommunale Rolle über die Wasserwirtschaft gestärkt und der Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber gewerblicher Nutzung sicherzustellen ist;
- q) Prüfung, ob der Bau von Entsalzungsanlagen – unter Berücksichtigung der dafür einzusetzenden Energie – Wassermangel entgegenwirken kann und ggf. den vorsorglichen Bau von Entsalzungsanlagen;
- r) Vorbereitung und Erprobung der erforderlichen Technologie zur Verwertung der nach dem Zweiten Weltkrieg verbliebenen Schadstoffe.

4. fordert die regionalen und nationalen Regierungen und die Europäische Kommission auf:

- a) die kritischen Umweltparameter der Ostsee, darunter auch der Danziger Bucht und des Frischen Haffs, ständig zu überwachen, insbesondere diejenigen, die mit gefährlichen Stoffen, die aus den Schiffswracks und Chemiewaffen aus dem 2. Weltkrieg stammen, verbunden sind;
- b) die Methoden der Entsorgung von gefährlichen Altlasten aus der Ostsee weiterzuentwickeln sowie die Entsorgung der Altlasten voranzutreiben und EU-Programme zu erstellen, mit denen die Finanzierung dieser Entsorgung möglich wird;
- c) Maßnahmen zur Minderung schädlicher Emission in die Umwelt, darunter in die Ostsee, zu intensivieren;
- d) weitere Stärkung der Bedeutung und des Bedürfnisses der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu betreiben;
- e) in den Strategiepapieren die Notwendigkeit des Schutzes der Küstengebiete vor Meereshochwasser zu berücksichtigen, im Zusammenhang mit dem Anstieg des Meeresspiegels und dem Kehrwasser;
- f) umweltpolitische Maßnahmen zur Verhinderung des Klimawandels entschlossen zu ergreifen sowie deren Wirksamkeit zu überwachen;

- g) Arbeiten an Empfehlungen des Europaparlaments bezüglich der Möglichkeit, gereinigtes Kommunalabwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung zu verwenden, zu beschleunigen;
 - h) in natürliche Hochwasserschutzformen und Dürrevorbeugung zu investieren – u. a. durch die Wiederherstellung der natürlichen Rückhaltung, kleiner Flüsse und Sumpf- bzw. Mooregebiete sowie der Bildung von Polder;
 - i) Projekte der dezentralen/lokalen blau-grünen Infrastruktur zu unterstützen, durch die Regenwasser zurückgehalten und vor Ort versickert oder verdunstet wird, wodurch die Folgen einer Hitze-/Dürreperiode gemindert werden können;
 - j) die Zusammenarbeit zwischen denjenigen Akteuren zu vertiefen, die sich mit dem Problem der Verunreinigung der Meere in Makroregionen Europas und in der Welt auseinandersetzen zwecks Erfahrungsaustausches zu Techniken der Entsorgung von gefährlichen Stoffen aus dem Wasser, wie z. B. Erdölderivate, chemische Kampfmittel, Munition und deren Derivate;
 - k) Wasser- und Abwasserinvestitionen und die Entwicklung der Infrastruktur zur Rückhaltung und Bewirtschaftung von Regen- und Tauwasser zu unterstützen und mitzufinanzieren,
 - l) bei allen erforderlichen und angesichts des Klimawandels notwendigen Maßnahmen die soziale Dimension zu berücksichtigen und diese entsprechend sozialverträglich zu gestalten. Zentrale Maßnahmen umfassen hierbei finanzielle Unterstützung, Förderprogramme und kostenlose Beratungsangebote. Ebenso gehört dazu die Förderung von Innovation, um Unternehmen in die Lage zu versetzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen ebenso wie Investitionen in die mit dem Wandel verbundene Umstrukturierung des Arbeitsmarktes sowie in Umschulung und Weiterbildung;
 - m) Einbeziehung historischer Schadstoffe und des Problems ihrer erneuten Emissionen infolge des Klimawandels in die Unionforschungsagenda;
 - n) die Unterstützung der Umweltdienstleistungen im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) zu verstärken;
 - o) zur Förderung der Forschung zur Steigerung der „CO₂-Senkenfunktion der Ostsee“, insbesondere zur Kultivierung von Seegras;
 - p) neue Regulierungen für die Nutzer der Wasserfläche der Ostsee (für Schifffahrt, Naturschutz, Energie, Tourismus) mit Blick auf den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien vorzunehmen;
 - q) die Richtlinien für ein Netz von Schutzgebieten grenzüberschreitend zu erstellen;
 - r) grenzüberschreitende Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (INTERREG) als Instrumente zur Umsetzung von Initiativen zur Unterstützung des Grünen Deals nicht nur im Bereich der sanften Projekte (Kooperation von Menschen für Menschen) oder Low-Budget-Projekte mit Investitionselementen, sondern darüber hinaus im Bereich grenzüberschreitende Infrastrukturaktivitäten zu nutzen;
 - s) EU-Mitteln aus ausgesetzten grenzüberschreitenden ETZ-Programmen mit Beteiligung der Russischen Föderation und Belarus auf Programme mit Beteiligung von EU-Regionen, die unter den sozioökonomischen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine leiden zu übertragen.
5. Angesichts des katastrophalen Fischsterbens an der Oder (Juli-August 2022) sowie vieler weiterer Fischsterben in Teilen Europas, die u. a. im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Dürren und geringer Wasserführung in Fließgewässern stehen, werden notwendige Anpassungsbedarfe bei der Bewirtschaftung der Oberirdischen Gewässer gesehen.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert die regionalen und nationalen Regierungen und die Europäische Kommission auf:

- a) die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Gewässer-Management, inklusive bei der Aufstellung und Aktivierung von Warn- und Alarmplänen zu verbessern;
- b) den Aufbau von Frühwarnsystemen unter Anwendung moderner Technologien (z.B. Fernüberwachung für Algenblüten) voranzutreiben;
- c) illegale Einleitungen von Abwasser in die Gewässer zu identifizieren und zu unterbinden;
- d) legale Einleitungen von Abwasser an die Leistungsfähigkeit der Gewässer-Vorflut in Niedrigwasserphasen anzupassen, bzw. herunterzufahren;
- e) den Rückhalt von Wasser in der Landschaft zu steigern und dem Hochwasserschutz Priorität zu geben.

19. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg für die Bereitschaft, die Sitzung des 19. Parlamentsforums im Jahre 2023 zu organisieren.


Sejmik der Wojewodschaft Pomorskie


Sejmik der Wojewodschaft Ermland –
Masuren


Sejmik der Wojewodschaft Westpommern


Landtag Mecklenburg - Vorpommern


Landtag Schleswig -Holstein


Bürgerschaft der Freien und Hansestadt
Hamburg

Gdańsk, 20 September 2022